

// Im Blickpunkt

Nach Milliardenverlusten nimmt die Unsicherheit über die Zukunft der deutschen Landesbanken zu. Während sich die BayernLB überzeugt zeigt, dass sie von der EU für ihre vom Freistaat Bayern getragene Kapitalerhöhung über zehn Milliarden Euro grünes Licht bekommt, soll es bei der WestLB rasch die ersten Weichenstellungen für einen Verkauf von wesentlichen Geschäftsteilen geben. Denn bislang konnte die angeschlagene drittgrößte deutsche Landesbank der EU-Kommission nicht den geforderten Eignerwechsel melden. Der Frage der Rechtmäßigkeit von internationalen Risikogeschäften durch Banken der öffentlichen Hand sowie dem Problem der persönlichen Haftung ihrer Vorstände geht *Lutter* in seinem Beitrag nach.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****EuGH: Tankstellenvertrag mit Laufzeit von mehr als fünf Jahren kann nicht unter Gruppenfreistellung fallen**

Mit Urteil vom 2.4.2009 – Rs. C-260/07 – hat der EuGH entschieden: Ein Tankstellenvertrag mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren kann bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen nicht unter die Gruppenfreistellung fallen. Diese Voraussetzungen seien dann gegeben, wenn der Lieferant dem Wiederverkäufer die Tankstelle vermietet oder verpachtet, ohne Eigentümer sowohl der Tankstelle als auch des Grundstücks zu sein.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-785-1 unter www.betriebs-berater.de

EU-Kommission: Kein Kartellverfahren gegen Mastercard

Die EU-Kommission sieht auf Basis der derzeit vorliegenden Informationen keinen Grund, gegen MasterCard ein Verfahren wegen Zuwiderhandlung gegen eine Kommissionsentscheidung aus dem Jahr 2007 einzuleiten. In der Entscheidung wurde festgestellt, dass das multilaterale Interbankenentgelt (MIF) für grenzüberschreitende Zahlungskartentransaktionen gegen die EG-Vorschriften über wettbewerbsbeschränkende Geschäftspraktiken verstößt. Denn MasterCard hat nicht nur ein neues Entgeltsystem beschlossen, sondern erklärte sich auch bereit, die im Oktober 2008 eingeführte Erhöhung seiner Kartennetzgebühren im Juli 2009 rückgängig zu machen. Die Kommission wird die Umsetzung dieser Ankündigungen in den kommenden Monaten genau verfolgen. Was die Praktiken von Visa auf dem Zahlungskartenmarkt betrifft, so setzt die Kommission ihre kartellrechtliche Untersuchung fort.

(PM EU-Kommission vom 1.4.2009)

BGH: Vertretung einer AG in Prozess mit einem Vorstandsmitglied

Mit Urteil vom 16.2.2009 – II ZR 282/07 – hat der BGH entschieden: Eine Aktiengesellschaft

wird in einem Prozess mit einem Vorstandsmitglied – auch nach dessen Ausscheiden – ausschließlich durch ihren Aufsichtsrat vertreten. Der Aufsichtsrat kann im Prozess – auf der Grundlage einer ausdrücklichen Beschlussfassung – die bisherige Prozessführung des Vorstands genehmigen. Die Genehmigung kann auch schlüssig erklärt werden.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-785-2 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Zur Mangelhaftigkeit eines älteren Gebrauchtwagens wegen längerer Standzeit

Der BGH hat mit Urteil vom 10.3.2009 – VIII ZR 34/08 – entschieden: Für die Frage, ob ein verkaufter älterer Gebrauchtwagen wegen einer dem Verkauf vorausgegangen längeren Standzeit im Sinne des § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB frei von Sachmängeln ist, ist – anders als bei der Standzeit eines Jahreswagens bis zum Zeitpunkt seiner Erstzulassung (Senatsurteil vom 7.6.2006 – VIII ZR 180/05) – grundsätzlich nicht auf die Standzeit als solche abzustellen, sondern darauf, ob bei dem Fahrzeug keine Mängel vorliegen, die auf die Standzeit zurückzuführen sind und die gleichartige Fahrzeuge ohne entsprechende Standzeit üblicherweise nicht aufweisen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-785-3 unter www.betriebs-berater.de

Finanzkrise**Bundesrat: Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz verabschiedet**

Am 3.4.2009 hat der Bundesrat dem so genannten Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz zugestimmt. Die Ergänzung beinhaltet Änderungen im Gesellschafts- und Übernahmerecht. Zudem ist eine im Gesetz beschriebene mögliche Lösung die vollständige Übernahme eines angeschlagenen Finanzinstituts durch den Staat.

(Quelle: PM BMF vom 3.4.2009)

BVerfG: Verfassungsbeschwerde gegen FMStG nicht angenommen

Mit Beschluss vom 26.3.2009 – 1 BvR 119/09 – hat das BVerfG die Verfassungsbeschwerde eines Aktionärs einer deutschen Großbank gegen das Finanzmarktstabilisierungsgesetz nicht zur Entscheidung angenommen. Einer Pressemitteilung des Unternehmens zufolge beabsichtigt der Finanzmarktstabilisierungsfonds, der betreffenden Bank 10 Mrd. Euro Eigenkapital durch die Ausgabe und Übernahme von Stammaktien sowie im Wege einer stillen Einlage zur Verfügung zu stellen. Der Aktionär hatte eine Verletzung seines Grundrechts auf Aktieneigentum beanstandet. Insbesondere wendet er sich gegen eine teilweise Entmachtung der Hauptversammlung. Die Verfassungsrichter verwiesen den Beschwerdeführer unter Nennung ihm zur Verfügung stehender Klagemöglichkeiten auf den fachgerichtlichen Rechtszug. Eine Vorabentscheidung sahen die Richter ohne vorherige Klärung der tatsächlichen und rechtlichen Fragen bei der Auslegung und Anwendung der in Rede stehenden Normen im Lichte des Art. 14 Abs. 1 GG wie auch des Rechts der Europäischen Gemeinschaften nicht angezeigt.

(Quelle: PM BVerfG vom 3.4.2009)

Gesetzgebung**Kreditwirtschaft: Einigung auf SEPA-Lastschrift**

Am 31.3.2009 hat sich die Kreditwirtschaft auf die gemeinsame europäische Lastschrift geeinigt, die Verbrauchern ab November in ganz Europa zur Verfügung stehen soll. Der entscheidende Impuls für die breite Nutzung der SEPA-Verfahren muss nun allerdings vom Gesetzgeber kommen, um einen reibungslosen Übergang vom deutschen Lastschriftverfahren auf die europaweite Lastschrift zu ermöglichen.

(Quelle: PM Bankenverband vom 31.3.2009)